



**Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 02. November 2010**

Vorlagen-Nr. 10-F-29-0001

**Humanitäre Sprechstunde**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -**

**Vorbemerkung:**

Für Menschen, die ohne Aufenthaltstatus in Wiesbaden leben, ist der Zugang zur medizinischen Grund- beziehungsweise Notfallversorgung in der Regel versperrt. Sie sind durch (unklare) Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland ganz oder teilweise von medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Um diese Versorgungslücke zu schließen, ist ein niederschwelliges medizinisches Angebot zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Das Konzept einer humanitären Sprechstunde greift diese Problematik auf und bietet Gesundheitshilfen für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten in unsicheren Lebenslagen an. Im Sinne einer präventiv-medizinischen Versorgung ist zudem ein Angebot zu etablieren, das Schutzimpfungen für Kinder ohne Pass ermöglicht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Einrichtung einer humanitären Sprechstunde in der Landeshauptstadt Wiesbaden.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein entsprechendes Konzept für eine humanitäre Sprechstunde zu entwickeln und einen Kostenrahmen zu beziffern. Dabei ist der Aspekt Schutzimpfungen für Kinder ohne Pass und deren Finanzierung zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind den parlamentarischen Gremien bis zum Jahresende 2010 vorzulegen.

---

**Beschluss Nr. 0105**

Der gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 betr.

Humanitäre Sprechstunde

wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2010

Schickel  
Stv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2010

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .11.2010

Dezernat VIII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister